



N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 22. April 2024**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Einrichtung eines Smartphone-basierten Ersthelferalarmierungssystems im Landkreis Konstanz; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2024/085
2.	Basisgesundheitsbericht; Vorstellung des ersten Basisgesundheitsberichts des Landkreises Konstanz	2024/084
3.	Bericht der Ausländerbehörde zur Einbürgerung und den Konsequenzen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes für die Arbeit der Behörde; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2024/076
4.	Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten	2024/061
5.	Umsetzung des Konzeptes „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Konstanz; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2024/077
6.	Bericht aus der Steuerungsgruppe Integration	2024/067
7.	Vorstellung Bündnis für Vielfalt	2024/068
8.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
8.1.	Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Konstanz; Antrag Kreisjugendring	
8.2.	Veröffentlichung der Protokolle des Bereichsausschusses im Rettungsdienstbereich; Sachstand Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder Kreistag

Auer, Thomas, Dr.

Baumgartner, Dietmar

Both-Pföst, Hubertus, Dr.

Diehl, Bernhard

Friedrich, Stefan

Graf, Kirsten

Häusler, Bernd

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Karle, Wolf-Dieter (als Vertretung für den entschuldigten **Zoll**, Wolfgang, Dr.)

Keck, Jürgen

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Küttner, Normen

Özdemir, Zekine

Röwer, Marcus

Sarikas, Zahide

Volz, Tobias

Wehinger, Dorothea, MdL

Beratende Mitglieder

Brütsch, Regina

Grams, Christian

Hotz, Gaby

Sackmann, Bärbel

Auf besondere Einladung nimmt teil

Schlagowsky-Molkenthin, Stefan (TOP 7, Stadtverwaltung Singen)

Tchakoura, David, Dr. (TOP 7, Stadtverwaltung Konstanz)

Entschuldigt

Graf, Boris

Hug, Michael (ab 14:10 Uhr)

Röth, Sibylle, Dr.

Zoll, Wolfgang, Dr.

Verwaltung

Basel, Stefan

Neugebauer, Boris

Buser, Thomas (TOP 1)

Brumm, Monika (TOP 4)

Çiloğlu, Nagihan (TOP 7)

Kurkowski, Magdalena (TOP 2)

Wrede, Svenja (TOP 3)

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Einrichtung eines Smartphone-basierten Ersthelferalarmierungssystems im Landkreis Konstanz;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Buser** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Küttner**

Die Bevölkerung profitiert in erheblichem Maße von diesem Angebot. Aus Erfahrungsberichten wird klar, dass die App sehr positiv wahrgenommen wird.

Kreisrat **Karle**

Was sagen die Erfahrungswerten bezüglich der Ersthelferversorgung in der Stadt und auf dem Land? Gibt es ausreichend Personen?

Herr **Buser**

Wer sich anmelden möchte, muss entsprechende Qualifikationen nachweisen. Bei der Gewinnung von Personen wird das Deutsche Rote Kreuz unterstützen.

Der Verein „Region der Lebensretter“ prüft aktuell in einer Studie zu den Erfolgsaussichten der App. Die App ergänzt den Rettungsdienst nicht, sondern unterstützt die Ersthelfenden. Die App verpflichtet auch nicht dazu, sofort unter allen Umständen zu helfen. Nach drei Jahren kann das Projekt entweder verlängert werden oder nicht. Es gibt keine anderen Anbieter.

Kreisrat **Röwer**

Benötigen die Personen, die sich registrieren möchten, ein polizeiliches Führungszeugnis oder ähnliches? Könnte der Landkreis in Regress genommen werden, falls etwas schiefläuft?

Herr **Buser**

Die Ersthelfer arbeiten ehrenamtlich. Meines Erachtens gibt es haftungsrechtlich kein Risiko. Die Frage ist, was die andere Konsequenz wäre, wenn niemand frühzeitig Hilfe leistet und gewartet wird, bis der Rettungsdienst da ist. Das ist wertvolle Zeit.

Bei der Überprüfung der Eignung orientiert man sich an den Ersthelferverordnung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

- 1. Der Einrichtung eines Smartphone-basierten Ersthelferalarmierungssystems im Landkreis Konstanz wird auf Basis des Angebots der First AED GmbH/Region der Lebensretter vom 19. Dezember 2023 unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Rettungsdienst gGmbH Landkreis Konstanz die gesamte Administration, insbesondere die Systemverwaltung, Datenpflege und Betreuung der Ersthelferinnen und Ersthelfer übernimmt.**
- 2. Die Kosten für die im Jahr 2024 vorgesehene Implementierung des Systems in den Einsatzleitreechner der Integrierten Leitstelle sowie für die Jahrelizenz, Systemwartung/-aktualisierung, First-Level-Support etc. in Höhe von 50.270 EUR (brutto) werden aus**

Kreismitteln (THH 4; PG 12.60) finanziert.

- 3. Die jährlichen Folgekosten (u.a. Jahreslizenz, Systemwartung/-aktualisierung, First-Level-Support etc.) in Höhe von 22.900 EUR (brutto) werden aus Kreismitteln finanziert und gemäß der Vertragslaufzeit für die Jahre 2025 und 2026 in den Kreishaushalt (THH 4; PG 12.60) eingeplant.**
- 4. Nach Ablauf der dreijährigen Vertragslaufzeit ist darüber zu entscheiden, ob die Verlängerungsoption für weitere Jahre in Anspruch genommen wird.**

2. Basisgesundheitsbericht;

Vorstellung des ersten Basisgesundheitsberichts des Landkreises Konstanz

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Kurkowski** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Der Bericht wirkt erschlagend. Es wäre gut, wenn man das Papier der Verwaltung und das Ergebnis der Gesundheitskonferenz noch im Kreistag darstellen würde. Man sollte in dieses Thema tiefer einsteigen.

Auch im Landkreis Konstanz haben wir das Thema Unterversorgung. Gesundheitsminister **Lauterbach** hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Kommunen stärkt. Es beinhaltet Gesundheitskioske, es geht um die Verbesserung der Versorgung in schwach aufgestellten Kommunen durch die Zusammenfassung von verschiedenen Angeboten. Das andere Thema war das medizinische Versorgungszentrum light. Beides wurde aus dem Gesetz wieder herausgenommen. Der Auslöser war nicht nur die kassenärztliche Vereinigung, auch die Kommunen hätten ein Durchsetzungsrecht gehabt. Der Landkreis hätte das Thema gerne weiterhin mitberücksichtigt gehabt.

Konstanz ist der Landkreis mit den wenigsten Krankenhauseinweisungen. Das kann nur zwei Gründe haben: Die Statistik stimmt nicht oder Patienten verlassen den Landkreis in andere Krankenhäuser. Das ist ein Indiz für die Qualität der Krankenhäuser. Es kann sein, dass die Kreisbewohner selten ins Krankenhaus müssen. Es wird jedoch befürchtet, dass die Realität anders aussieht.

Der Bericht allein macht niemanden gesünder, man muss jetzt konkret werden.

Vorsitzender

Der Gesundheitsbericht ist ein Anfang und eine Bestandsaufnahme.

*Kreisrätin **Dr. Hofer** bittet um Zusendung des Gesundheitsberichts in Papierform.*

*Der **Vorsitzende** sichert dies zu.*

Kreisrätin **Wehinger, MdL**

Der Bericht war sehr umfassend, eine Kurzfassung wäre hilfreich.

Wurde bei der Erfassung der verschiedenen Krankheitszahlen nach Männer und Frauen unterteilt? Die Medizin sollte allgemein darauf achten, ob Frauen anders behandelt werden sollten. Die Präventionsmaßnahmen fehlen, wo setzt man möglichst schnell an? Hier sind Kinder wichtig. Wann wird man mit der Umsetzung beginnen?

Kreisrat **Küttner**

Zum Thema MVZ light und Kiosk sollte eine Initiative aus dem Landkreis gestartet werden. Der Vorsitzende sollte beauftragt werden, sich beim Landkreistag dafür einzusetzen.

Vorsitzender

Damit wird sich schwergetan, denn damit wird man beim Landkreistag aufgrund von vielen vorrangige Baustellen scheitern. Man könnte den Gesundheitsminister direkt anschreiben. Die Verwaltung bereitet dazu ein Schreiben vor. Ein Beschluss ist nicht notwendig.

Kreisrat Volz

Frau **Behrens**, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, wird von mir dazu ebenfalls angeschrieben.

Frau Kurkowski

Die Datenlage war schwierig. Die Datenhalter weisen zudem Lücken auf und sind ungenau. Einige Erkenntnisse sind aufgrund der Pandemie auch nicht nachvollziehbar.

Gendermedizin und Seniorenmedizin wurde in diesem Basisbericht nicht explizit aufgeschlüsselt. Das wird ggf. in Schwerpunktberichten betrachtet.

Der Bericht wurde im Februar 2024 fertiggestellt. Maßnahmen wurden in der Vollversammlung der Gesundheitskonferenz besprochen, in Untergruppen wird es weitergehen. Die ersten Schwerpunkte wurden gesetzt.

Vorsitzender

Es ist nicht so, dass davor noch nichts gemacht wurde. Auch am Thema Hitze ist man dran. Die Kindermedizin wurde in der Vollversammlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz aufgenommen.

Kreisrätin Kirsten Graf

Zur Datenlage wird angemerkt, dass sich die Statistiken der Kassenärztlichen Vereinigung und die tatsächlichen Erfahrungen zur Versorgung mit Kinderärzten stark unterscheiden. Zumindest im Bereich Singen ist man absolut unterversorgt, obwohl die Arztsitze besetzt sind. Es stellt sich die Frage nach der Berechnungsgrundlage. Die Eltern müssen weit fahren, um einen Arzt zu finden.

Herr Basel

Die Gesundheitskonferenz gibt es schon länger, dort werden weitere Berichte und Themen umgesetzt. Es werden dort auch Themen behandelt, die nicht Teil des Basisgesundheitsberichts sind. In der Lenkungsgruppe haben wir auch Unklarheiten in der Statistik gesehen. Wir versuchen, die Daten zu verifizieren und mit Krankenkassendaten abzugleichen. Dazu gibt es große Pläne der AOK, diese deckt aber auch nicht die Mehrheit der gesetzlich Versicherten im Landkreis ab, was auch wieder eine Unschärfe verursacht. Es gibt keine einheitliche Datenlage für alles.

Wir hatten im Februar 2024 ein Gespräch mit der Kreisärzteschaft. Der Landkreis kann nicht aktiv werden, solange die Formalien nicht geändert werden. Es wird dann immer argumentiert, dass es keine Stellschraube zur Veränderung gibt. Das Umdenken ist noch nicht überall angekommen. Es wurde jedoch eine Bereitschaft, das Thema anzugehen, im Gespräch wahrgenommen.

Vorsitzender

Wir sind im Austausch darüber, wie wir auf die Kassenärztliche Vereinigung zugehen, um über die Arztsitze zu sprechen.

Kreisrätin Kirsten Graf

Die Berechnungsgrundlagen kann man nicht ad-hoc ändern. Einzelne Kommunen in diesem Landkreis sind dabei, in Eigenleistung zu treten, um ein MVZ zu gründen. Wenn man nicht in

den Mangel rutschen möchte, kommt man nicht darum herum. Wir haben einen Mangel in der Kinder- und Jugendmedizin, der mindestens genauso groß ist wie in den anderen Bereichen. Es gibt auch Hausärzte, die Kinder betreuen, da für diese sonst keine Ärzte gefunden werden. Der Mangel in einem Bereich verschärft so den Mangel in anderen Bereichen.

Kreisrat **Röwer**

Die Berechnungsgrundlage ist bundesrechtlich geregelt. Man sollte diese Berechnungen in das Schreiben mit aufnehmen.

Vorsitzender

Das Thema wird im Schreiben mit aufgenommen.

Beschluss:

Entfällt.

**3. Bericht der Ausländerbehörde zur Einbürgerung und den Konsequenzen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes für die Arbeit der Behörde;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrätin **Özdemir**

Die rechtliche Vorgabe ist, dass die Einbürgerung erst mit einer Einbürgerungsfeier wirksam wird. Wie wird dies gestaltet? Wie werden diese Feiern umgesetzt? Die Migrantinnen und Migranten im Voraus anzuschreiben und über die Möglichkeiten der Einbürgerungen zu informieren würde die Ausländerbehörde langfristig entlasten.

Vorsitzender

Das ist ein staatlicher Bereich. Es geht hier um Fragen der Unteren Verwaltungsbehörde.

Die Einbürgerungsfeier dient dazu, die Personen willkommen zu heißen und eine Integrationsleistung zu bringen.

Es ist nicht vorgesehen, dass die Ausländerbehörde alle Migrantinnen und Migranten anschreiben. Es gehört auch zu den Aufgaben als Staatsbürger, sich im Land zurechtzufinden und seine Rechte zu kennen.

Kreisrat **Keck**

Das Landratsamt wird in der Bringschuld gesehen, den Gemeinden mitzuteilen, wann Menschen eingebürgert werden, da dies die Verteilungsquote betrifft.

Vorsitzender

Die Quote ist ein wiederkehrendes Thema. Das Landratsamt ist mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Gespräch.

Frau **Wrede**

Die Regelung, dass eine Urkunde bei einer Einbürgerungsfeier überreicht wird, ist eine Soll-Vorschrift. Diese ist einfach nicht umsetzbar. Einbürgerungen erfolgen unterjährig, einmal im Jahr gibt es eine Einbürgerungsfeier. Anträge kommen schon jetzt genug, die Personen sind ausreichend informiert.

Die Meldebehörden erhalten Informationen über die eingebürgerten Personen, diese müssten

den Gemeinden vorliegen.

Beschluss:

Entfällt.

4. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Küttner**

In der Steinstraße 20 in Konstanz haben wir immer noch keine optimale Situation. Wäre es angebracht, vorhandene Alternativpläne aus der Schublade zu holen?

Vorsitzender

Immer noch lieber Steinstraße als Leichtbauhalle. Man räumt aktuell die Leichtbauhalle in Engen und Rielasingen-Worblingen leer, da es entsprechenden Kapazitäten in festen Gebäuden gibt.

Kreisrätin **Sarikas**

Haben auch Kinder von Sinti und Roma die Möglichkeit, in Regelklassen zu kommen? Sie lernen dort viel schneller.

Frau **Brumm**

Das ist ein spezielles Themenfeld. Wir sind im Gespräch mit allen Kommunen. Bei Kindern mit Roma-Hintergrund ist die Anbindung an eine Regelschule oft schwierig. Wir wollen erst in den Unterkünften die Schulklasse vor Ort anbieten, damit alle verstehen, welchen Mehrwert Bildung hat. Die integrativen Aspekte einer Regelschule sind zwar besser, die Motivation, dort hinzugehen, muss aber erst noch geweckt werden.

Beschluss:

Entfällt.

5. Umsetzung des Konzeptes „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Konstanz;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Dass es jährliche Risikobewertungen gibt, war nicht bekannt. Hinsichtlich des Themas Gewalt an Frauen gibt es Wege, wie Hilfe kann geleistet werden. Es ist in diesem Kontext schwer, Vorfälle anzuzeigen. In der Kriminalstatistik sollte dies genau ausgewiesen werden. Wenn die Betroffenen in eine andere Unterkunft gehen, muss die Sicherheit auch dort gewährleistet sein.

Vorsitzender

Ohne Anzeige gibt es keine Statistik. Es wird immer zur Anzeige geraten, aber dazu kommt es nicht immer.

Beschluss:

Entfällt.

6. Bericht aus der Steuerungsgruppe Integration

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Wehinger, MdL**

Im Bericht geht es auch um die Kinderbetreuung. Ist der Landkreis dazu bereit, hier mehr zu investieren?

Kreisrätin **Sarikas**

Es ist ein Problem, aber es gibt auch positive Darstellungen und Erfolgsgeschichten. Da tut sich etwas. Es werden auch einige Flüchtlingskinder Abitur machen, einige geflüchtete Frauen studieren mittlerweile sogar. Es gibt auch immer mehr Frauen, die mittlerweile trotz der Betreuungssituation arbeiten gehen.

Vorsitzender

Es wird sehr viel geleistet, um die Qualität zu verbessern.

Kreisrat **Hoffmann**

Die Integration von Frauen scheidet oft an der Kinderbetreuung. Deutsche Männer sind hier aktiver. Es sollte darüber nachgedacht werden, die Männer hier mehr einzubinden.

Beschluss:

Entfällt.

7. Vorstellung Bündnis für Vielfalt

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schlagowsky-Molkenthin**, Frau **Cilouglu** und Heer **Dr. Tchakoura** stellen die Arbeit des Bündnisses für Vielfalt vor.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Entfällt.

8. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

**8.1. Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Konstanz;
Antrag Kreisjugendring**

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass der Kreisjugendring einen Antrag zur Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Konstanz gemäß den Modellkommunen seit 1. August 2023 in Baden-Württemberg für im Kreisjugendhilfeausschuss gestellt hat. Für dieses Thema ist der Sozialausschuss zuständig, in dem der Kreisjugendring jedoch nicht antragsberechtigt ist. Es wird jedoch zugesichert, die Anregung dennoch zu prüfen.

**8.2. Veröffentlichung der Protokolle des Bereichsausschusses im Rettungsdienstbereich;
Sachstand Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 17. Februar 2024 beantragt hat, dass das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde den Bereichsausschuss der Rettungsdienste auffordern soll, den Bereichsplan und die Sitzungsprotokolle des Bereichsausschusses auf einer Homepage zu veröffentlichen.

Bei diesem Bereich handelt sich somit um eine Aufgabe des Landratsamtes als untere staatliche Verwaltungsbehörde. Daher besteht keine Befassungskompetenz des Kreistags und seiner Ausschüsse.

Die Verwaltung hat den Antrag bereits schriftlich beantwortet. Das Schreiben vom 4. April 2024 ging nachrichtlich auch an alle Fraktionen. Falls es Rückfragen gibt, steht das zuständige Fachamt zur Verfügung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Zeno Danner

Dietmar Baumgartner

Zahide Sarikas

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann